




# Werner Dreibus


Mitglied des Deutschen Bundestages

Werner Dreibus, MdB · Deutscher Bundestag 11011 Berlin

Deutscher Bundestag  
Jakob-Kaiser-Haus, Haus Süd, Raum 3.845  
Wilhelmstr. 68 A  
11011 Berlin

 (030) 227 - 72 204  
 (030) 227 - 76 204

 [werner.dreibus@bundestag.de](mailto:werner.dreibus@bundestag.de)

 privat: [dreibus@gmx.net](mailto:dreibus@gmx.net)

Homepage: [www.werner-dreibus.de](http://www.werner-dreibus.de)

21. April 2010

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

DIE LINKE unterstützt Eure Proteste zum heutigen Stahlaktionstag in Brüssel und Duisburg. Euer industriepolitischer Weckruf an die Bundesregierung und die Europäische Kommission ist dringend notwendig. Die absehbare drastische Erhöhung der Eisenerzpreise um bis zu 100 % gefährdet die Zukunft der gesamten Stahlbranche und der von ihr abhängigen Wertschöpfungskette.

Diese willkürlichen Preiserhöhungen sind nicht nur eine Gefahr für Arbeitsplätze. Sie gefährden auch die ersten Erfolge der Stahlindustrie bei der Umstellung auf energieeffiziente, CO<sub>2</sub>-sparende Prozesse und den Ressourcen schonenden Einsatz von Sekundärrohstoffen (Stahlrecycling). Dieser erfolgreiche Weg, der Beschäftigungssicherung mit Umweltschutz und entsprechenden Innovationen verbindet, muss von der Politik weiter unterstützt werden.

Wir sehen die wesentliche Ursache für die dramatische Entwicklung im Machtkartell der drei großen Eisenerzproduzenten. Sie ist erdrückend und wächst von Jahr zu Jahr. Der Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger muss die Politik entgegengetreten. Kartellrecht und Fusionskontrolle müssen vor allem auf europäischer Ebene zu einem wirksamen wirtschaftspolitischen Instrument ausgebaut werden. Kartelle müssen zerschlagen werden.

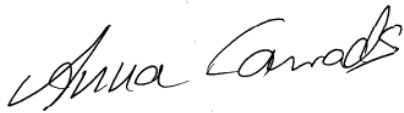
Die zweite wichtige Ursache ist aber die unheilvolle Spekulation auf Rohstoffpreise, die die LINKE seit Jahren kritisiert. Seit dem Einstieg der Zocker vor 10 Jahren sind die Preise in die Höhe geschneit. Hedgefonds und Investmentbanker haben weder ein Interesse an Eisenerzen noch an der industriellen Zukunft der Stahlbranche, sie blenden auch die dramatischen Folgen aus, die z. B. die Spekulation auf Nahrungspreise in Entwicklungsländern hat. Sie fahren kurzfristige Gewinne auf Kosten der Beschäftigten ein und nehmen Hungersnöte in Kauf. DIE LINKE fordert ein Verbot der Spekulation auf Rohstoffe. Rohstoffbörsen müssen weitgehend reguliert und staatlich beaufsichtigt werden.

---

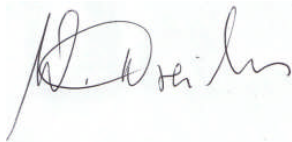
Der Weg der Stahlindustrie aus der Krise und der ökologische Umbauprozess darf nicht durch Machtkartelle der Rohstofflieferanten und spekulative Wetten auf Rohstoffpreise verbaut werden. DIE LINKE fordert deshalb für alle wichtigen Rohstoffe und Nahrungsmittel faire internationale Handelsabkommen, die Preise auf einem stabilen Niveau langfristig festlegen und klare soziale und ökologische Standards für den Abbau und den Handel mit Rohstoffen festlegen.

DIE LINKE wird in den nächsten Tagen und Woche im Bundestag und im europäischen Parlament Druck auf die Bundesregierung ausüben und sich für die berechtigten Interessen der Beschäftigten einsetzen. Auf unser Drängen hin wird sich der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie mit dem Thema beschäftigen. Parlamentarische Anfragen und Initiativen sind in Vorbereitung.

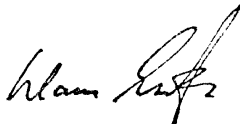
Wir wünschen Eurem europaweiten Aktionstag einen durchschlagenden Erfolg!



Anna Conrads, Direktkandidatin in Duisburg III zur Landtagswahl DIE LINKE. NRW



Werner Dreibus, stellv. Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Bundestag



Klaus Ernst, stellvertretender Parteivorsitzender DIE LINKE.



Thomas Händel, MEP DIE LINKE, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung



Ulla Lötzer, Sprecherin für internationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung DIE LINKE im Bundestag